auch nur die geringste Lohnreduction beabsichtigen, den Streik hinausziehen wird, jedenfalls wäre es allerhöchste Zeit zu einer Verständigung. Seit 62 Tagen sind 350 000 Bergleute, d. h. über die Hälfte der ganzen Bevölkerung der Bergleute Großbritanniens nicht mehr angefahren, die Fonds sind erschöpft und das Elend nimmt in manchen Gegenden grauenhafte Formen an. Die Eisenbahncompagnien allein haben durch nothgezwungene Unterdrückung von Zügen zusammen schon über eine Million Pfund Sterling (20 Millionen Mark) seit Beginn des Streiks verloren. Zahlreiche Hochöfen sind gelöscht; an 50 000 Porzellanarbeiter in Staffordshire sind ohne Arbeit; die Kohlenpreise sind um 60 Proc. gestiegen; kurz es sind alle Anzeichen einer wirklichen Kohlennoth vorhanden. Uebrigens gewinnt die Ansicht immer mehr an Raum, daß angesichts dieser Schädigung zahlreicher Industrien und angesichts der freiwilligen bitteren Leiden Hunderttausender von Bergleuten und deren Familien diesem furchtbaren Kampf zwischen Grubenarbeitern und Grubenbesitzern ein Ende auf irgend eine Art gemacht werden müsse. Der gewiß unverdächtige „Standard" z. B. räth in einem langen Artikel den Minenbesitzern an, den Bergleuten auf halbem Wege entgegenzukommen und das absolute non possumus in Bezug auf die früheren Löhne aufzugeben. Es wäre gewiß mehr als wünschenswerth, wenn die Minenbesitzer den Rath des conservativen „Standard" befolgten. Aber die Besitzer berufen sich darauf, daß die Arbeiter noch heute darauf bestehen, der vor dem Streik gezahlte Lohn solle sortan als Minimallohn behandelt werden, und daß der Entschluß der Arbeiter gebrochen werden müsse, durch willkürliche Streiks den Preis der Kohlen und damit die Löhne künstlich in die Höhe zu treiben. Hiergegen auszuharren, liegt ebenfalls im öffentlichen Interesse.

Hinter den Regierungs-Evaliissen **Bulgariens** scheinen sich in der letzten Zeit einige bewegte Scenen abgespielt zu haben. Vor etwa acht Tagen veröffentlichte das halbamtliche und von dem Premierminister Stambulow inspirirte Blatt „Swoboda" einen Artikel, in welchem der Opposition zum Vorwurf gemacht wurde, daß sie den Namen des Fürsten mißbrauche, indem sie das Land glauben machen wolle, der Fürst wünsche mit der Oppositrion im Bunde Stambulow's Sturz. Der Fürst, so hieß es weiter in dem Artikel, sei viel zu klug, um nicht zu wissen, daß er gegen den Geist der Verfassung verstoßen würde, wenn er den ersten Rathgeber, welcher das Vertrauen des Landes genieße, entlassen sollte. Indem die Opposition dies glauben machen wolle, erzeuge sie Haß gegen den Fürsten, wie einst des Fürsten Alexander Handlungen den Haß des Volkes erregten. Angenommen, der Fürst wolle wirklich Stambulow's sich entledigen, so sei dies geeignet, das Land in schwere Kämpfe und in einen Bürgerkrieg zu stürzen, von welchem schließlich nur Rußland Nutzen ziehen könne. Die Geschichte anderer Völker und auch Bulgariens beweise, daß Schritte der Krone, welche als Gewaltact gegen das Volk aufgefaßt werden müßten, stets auch schlimme Folgen für die Krone gehabt hätten. Dieser Alarmruf des Stambulow'schen Blattes versetzte begreiflicherweise alle Freunde und Anhänger des Premiers in größte Aufregung und bewog sie, den Fürsten Ferdinand zu beschwören, sich nicht von Herrn Stambulow zu trennen, denn das wäre gleichbedeutend mit seinem eigenen Sturze und dem Untergange Bulgariens. Nachträglich sind die Nachrichten hierüber zwar officiös als völlig unbegründet bezeichnet worden, allein das soll doch wohl nur heißen, daß die Meinungsverschiedenheiten, infolge deren das Stambulow'sche Blatt Lärm schlug, beigelegt worden sind. Um so besser für den Fürsten Ferdinand, für Herrn Stambulow und für die Bulgaren.

Deutsches Reich.

‡ **Berlin**, 2. October. Der Beirath von Sachverständigen, welchen der Reichskanzler den deutschen Unterhändlern behufs Abschlusses eines deutsch-russischen Handelsvertrags zur Seite gestellt hat, hat bekanntlich einen Ausschuß gewählt, der in dauernder Verbindung mit den deutschen Commissaren bleiben soll. Die Mitglieder dieses Ausschusses, soweit sie Handel und Industrie vertreten, haben nunmehr an die Handelskammern und an die industriellen und wirthschaftlichen Verbände und Vereine die Bitte gerichtet, ihren Mitgliedern von der Bildung dieses ständigen Ausschusses Kenntniß zu geben und sie aufzufordern, ihre Wünsche in Bezug auf den Handelsvertrag mit Rußland an den Ausschuß gelangen zu lassen. Diese Wünsche sollen zu den betreffenden Positionen des russischen Zolltarifs und zwar unter Beigabe der deutschen und wenn irgend möglich französischen Benennung des Gegenstandes eingereicht und mit möglichst eingehender Begründung und ziffernmäßigen Belegen versehen werden, so daß sich daraus die bisherige Ausfuhr und die Einwirkung der verschiedenen von Rußland vorgenommenen Zollerhöhungen entnehmen lassen. Das Material zu jeder Position des russischen Zolltarifs soll auf einem besonderen Blatte gegeben und so weit als thunlich auch Vorschläge für die Formulirung des Textes der Zollpositionen, ebenfalls in deutscher und französischer Sprache, gemacht werden. Der Ausschuß erklärt sich bereit, beim Fortschreiten der Verhandlungen, besonders vor Eintritt in die Erörterung der einzelnen Tarifpositionen mit Sachverständigen in mündliche Berathungen einzutreten, und bittet, hierauf bezügliche Wünsche ihm mitzutheilen. Die Führung der Geschäfte ist dem Generalsecretair des Deutschen Handelstags, Herrn Consul Annecke, und dem Generalsecretair des Centralverbandes deutscher Industrieller, Herrn Bueck, übertragen worden. Alle Zuschriften sind an den letztgenannten Herrn, Berlin W, Charlottenstraße 48, III., zu richten, doch ist auch jedes Ausschußmitglied gerne bereit, Zuschriften direct entgegenzunehmen.

C. H. **Berlin**, 2. October. Dem Fürsten Karl Egon von Fürstenberg ist vom Kaiser der Charakter eines Majors à la suite der Armee verliehen worden. In den Zeitungen, namentlich in den Wiener Blättern, wird diese Thatsache lebhaft commentirt und darauf hingewiesen, daß Fürst Karl Egon aus Groll über den Rücktritt Bismarck's seinen Abschied genommen habe. Das ist nun in keiner Weise richtig. Der damalige Erbprinz, Rittmeister und Escadronchef der 2. Escadron im 2. Garde-Dragoner-Regiment, quittirte den activen Dienst in Folge des kaiserlichen Erlasses über den Luxus in der Armee. Erbprinz Karl Egon wurde dann à la suite der Armee gestellt. Mit dem Abschied des Fürsten Bismarck hatte dieser Vorgang nicht das Geringste zu thun. Dasselbe war der Fall, als Graf August Bismarck, Major im 1. Garde-Dragoner-Regiment, den Militairdienst quittirte. Sowohl Erbprinz Karl Egon, als auch Graf August Bismarck waren große Sportsleute und sind es heute in noch höherem Maße. Wenn Wiener Zeitungen an die Anwesenheit des Fürsten in Wien allerlei dunkle Andeutungen von Versöhnungspolitik ꝛc. knüpfen, so ist dies ebenfalls ganz hinfällig. War Fürst Fürstenberg in Wien, so war er eben dort hingegangen, um dem Laufen seines Rennpferdes „Ausmärker" und der großen Zweijährigen-Concurrenz beizuwohnen. Fürst Fürstenberg und Graf August Bismarck, welch' letzterer, als er den Militairdienst verließ, seinen mit dem jetzigen Major von Kramsta gemeinsam besessenen Rennstall veräußerte, haben die letzten Badener Rennen geleitet, Graf Bismarck war auch der deutsche Delegirte in Wien beim Dostaugeritt. Fürst Fürstenberg ist am 11. Februar 1886 bereits Rittmeister geworden und seine Vorder- und Nebenmänner sind ebenfalls befördert worden, so daß also auch in dieser Hinsicht der Vorgang nicht das Geringste zu bedeuten hat; im Gegentheil, wäre diese Beförderung unterblieben, dann hätte man darin allenfalls ein nicht mißzuverstehendes Zeichen erblicken können. Der Politik und dem Abschied des Fürsten Bismarck hat der Fürst Fürstenberg so fern gestanden, wie jeder active Soldat der Armee.

△ **Berlin**, 2. October. Am 8. October findet in Hannover eine Versammlung der nationalliberalen Vertrauensmänner der Provinz statt. — In Karlsruhe hielt am 30. September der Wahl-Ausschuß der badischen nationalliberalen Partei eine Sitzung ab. Der Landtagswahlaufruf verlangt die Einführung des directen Landtagswahlrechts, Erhöhung der Gehälter der niederen und mittleren Beamten, Steuerreform, Erhaltung der gemischten Volksschule, Hebung des Landwirthschaftsgewerbes und Verbesserung des Gemeindegesetzes; der Aufruf betont ferner die Nothwendigkeit der Vereinigung der liberalen Elemente gegenüber den die liberalen Errungenschaften bedrohenden socialistischen und ultramontanen Bestrebungen. — In einer gestern in Diez abgehaltenen Landesversammlung der nationalliberalen Partei Nassaus wurden die bisherigen nationalliberalen Vertreter Born im Landkreis Wiesbaden und Schaffner im Unterlahnkreis, sowie für den Rheingaukreis der der Partei nahestehende Dr. Lotichius, im Obertaunuskreis statt des bisherigen nationalliberalen Vertreters Heinecken Commerzienrath Wurmbach aufgestellt. In dem bisher conservativ vertretenen Oberlahnkreis wurde der Reichstagsabgeordnete Fink (nat.-lib.) aufgestellt, in dem bisher freisinnig vertretenen Stadtkreis Wiesbaden Amtsrichter van Beek. — Die bisherigen nationalliberalen Abgg. Kruse in Aurich, vom Heede und Herbers in Iserlohn sind aufs Neue aufgestellt. — In Magdeburg wird von den Nationalliberalen der bisherige Vertreter Seyffardt und statt des eine Wiederwahl ablehnenden Herrn Dürre der Kaufmann Reichardt aufgestellt, in Tondern, auch bisher nationalliberal vertreten, Amtsgerichtsrath Bachmann.

— Kaiser Wilhelm wird am 18. October in Bremen zur Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals eintreffen.

— Das Kaiserpaar wohnte gestern der feierlichen Einweihung der St. Hubertus-Capelle in Rominten bei.

— Im Auftrage des Kaisers und der Kaiserin hatte sich am Sonnabend, am Geburtstage der verstorbenen Kaiserin Augusta, der Geh. Regierungsrath und Cabinetssecretair Wirkner nach dem Mausoleum zu Charlottenburg begeben, um am Sarge der Kaiserin einen prachtvollen Kranz niederzulegen.

— Die Voruntersuchung gegen die in Kiel verhafteten französischen Spione ist nahezu abgeschlossen. In der nächsten Woche werden die Acten dem Oberreichsanwalt übermittelt werden können. Obgleich das Belastungsmaterial sich vermehrt hat, beharren die Verhafteten bei der Betheuerung ihrer Unschuld. Dieselben befinden sich nach wie vor in Isolirhaft im Moabiter Untersuchungsgefängniß.

— In der „Voss. Ztg." lesen wir folgendes Frankfurter Telegramm:

„Die Memoiren des Fürsten Bismarck sind jetzt vollendet. Laut „Frankf. Ztg." zahlte eine hervorragende süddeutsche Verlagsanstalt für das Verlagsrecht eine halbe Million Mark. Die Veröffentlichung darf nach dem vor Kurzem abgeschlossenen Vertrage erst nach Bismarck's Tod erfolgen."

Die Bestätigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten!

— Den Vorschlag der „Kreuz-Zeitung", statt der geplanten Tabaksteuer die Biersteuer zu erhöhen, weist auch die „Post" sehr entschieden zurück. Das freiconservative Blatt sagt u. A.: So viel kann schon jetzt als sicher angenommen werden, daß, wenn von der Heranziehung des Tabaks ganz abgesehen werden müßte, selbst nicht einmal die Deckung des Mehrbedarfs für die Militairvorlage, geschweige denn eine Finanzreform im großen Stile möglich wäre, denn der Tabak bietet das morceau de résistance der Steuerpläne, der Rest, Börsensteuer, Lotteriestempel, Weinsteuern, bringt nicht eben allzu viel und nicht entfernt genug, um auch nur die Kosten der Militairvorlage zu decken; auf die Biersteuer zurückzugreifen, wie die „Kreuz-Zeitung" vorschlägt, erscheint aber ganz ausgeschlossen. Selbst wenn die Regierung, entgegen ihren Erklärungen, auf eine Erhöhung der Biersteuer, die, um 55 Millionen zu bringen, über eine Verdoppelung der jetzigen Sätze weit hinausgehen müßte, zurückkommen wollte, so erscheint die Annahme eines solchen Vorschlages in dem Reichstage bei seiner jetzigen Zusammensetzung ganz ausgeschlossen. Die Regierung statt des Tabaks auf das Bier verweisen, heißt daher, ihr Steine statt Brod bieten, und ist mithin nichts Anderes, als ein leeres Spiel mit Worten. Tabak aber ablehnen, ohne genügenden Ersatz zu bieten, ruft die Gefahr hervor, daß der Branntwein wieder ernstlich in Betracht kommt; dies solle man im Interesse der Landwirthschaft vermeiden.

— Die Berathungen des Redactions-Ausschusses der Börsen-Enquête-Commission über den dem Reichskanzler zu erstattenden Schlußbericht sind, wie der „Reichsanzeiger" in Berichtigung anderer Nachrichten mittheilt, bereits so weit vorgeschritten, daß ihre Beendigung binnen wenigen Tagen erwartet werden kann. Das Plenum der Commission wird voraussichtlich noch im Laufe dieses Monats zur endgiltigen Feststellung des Berichts berufen werden.

— Der nationalliberale Wahlaufruf zu den preußischen Landtagswahlen trägt 165 Unterschriften.

— Heute wurde der Wahlaufruf des Centrums veröffentlicht. Er verlangt die confessionelle Volksschule, Aufhebung der Beschränkungen der Orden, Parität in der Besetzung der Staatsämter und Abhilfe gegenüber dem neuen Wahlgesetz. Er behandelt ferner die Aufbesserung der Gehälter der Beamten und die Förderung des Wohles der Handwerker und Arbeiter. Wir werden dem Aufruf morgen einige betrachtende Worte widmen. Es ist wohl nicht blos Zufall, daß der Aufruf keine Unterschriften außer der des Abgeordneten von Hereman trägt. — Auch der conservative Wahlaufruf wird von der „Conf. Corr." veröffentlicht. Wir heben daraus hervor, daß er die Organisation des Volksschulwesens einer „späteren" Zeit vorbehält. Augenblicklich scheinen die Trauben also zu sauer zu sein. Indessen: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

— Dem Neubau der evangelischen Kirche in Jerusalem widmet der Kaiser bekanntlich lebhaftes Interesse. Er hat auf die Aufstellung des Bauplanes nicht nur entscheidend eingewirkt, sondern auch den Anstoß zu den jetzt beschlossenen Formen des Baues und zwar des auf die Einzelheiten hin gegeben. Nachdem der mit der Bauleitung betraute Architekt und das erforderliche sonstige Personal sich an Ort und Stelle begeben haben, wird auf kaiserliche Anordnung auch der Geh. Oberbaurath Adler, welchem die Supervision der Pläne oblag, sich nach Jerusalem begeben, um die Einleitung der Bauausführung zu überwachen.

— Der Vorstand des Vereins deutscher Ingenieure hat in Erwägung, daß nicht nur die Interessen der Kaufleute, Rheder und Versicherer durch die in Vorschlag gebrachte staatliche Beaufsichtigung des Schiffbaues betroffen werden, sondern daß die geplante Maßregel unzweifelhaft auch auf die Technik des deutschen Schiffbaues und Schiffsmaschinenbaues von bedeutendem Einfluß sein würde, beschlossen, diese Angelegenheit zum Gegenstande seiner Berathungen zu machen, und beabsichtigt, eine Reihe hervorragender Fachleute zur gutachtlichen Aeußerung aufzufordern, um gewonnen Falls seine Ansichten zur Kenntniß der Reichsregierung zu bringen.

— Dem Abgeordneten Ahlwardt ist die Aufforderung zum Antritt seiner (wegen des Judenflintenprocesses verhängten) fünfmonatigen Gefängnißstrafe von der Staatsanwaltschaft zugestellt worden. Er wird ihr in der laufenden Woche folgen.

* **Wildparkstation**, 2. October. Die Kaiserin ist heute Abend 10 Uhr hier eingetroffen.

* **Lübeck**, 1. October. Der Jahresbericht des hiesigen Finanzdepartements für 1892 ist erschienen. Während die Abrechnungen seit 1871 stets mit einem Ueberschuß abschlossen, haben im abgelaufenen Jahre die regelmäßigen Einnahmen zur Deckung der auf sie angewiesenen Ausgaben nicht gereicht; vielmehr hat sich ein Fehlbetrag von 115 221 ℳ ergeben, der aus der Reservecasse gedeckt werden mußte, die aus den Ueberschüssen früherer Jahre gebildet ist. Das ungünstige Ergebniß ist vorzugsweise dadurch veranlaßt, daß bei den Einnahmen die Erträge der Zinsen und Dividenden in Folge der großen Verwendungen für Bauten aus dem Capitalfonds und der Reservecasse um 134 787,52 ℳ sich verminderten; an Reichszöllen und Reichssteuern gingen 37 869,23 ℳ weniger ein, die Matricularbeiträge an das Reich erforderten 36 115 ℳ mehr, die Kosten für das Schulwesen steigerten sich um 36 140,17 ℳ. Für die Bekämpfung der Cholieragefahr wurden außer den Verwendungen aus der Reservecasse für außerordentliche Maßregeln im Betrage von 13 437,53 ℳ weitere 31 875,12 ℳ verausgabt.

* **Schwerin**, 2. October. Das Befinden des Großherzogs ist anhaltend gut; über einen Winteraufenthalt im Süden sind noch keine Bestimmungen getroffen.

* **Hamburg**, 2. October. In der Kissinger „Saale-Ztg." war das Publicum gebeten worden, bei der Abreise des Fürsten Bismarck auf sein Befinden Rücksicht zu nehmen und Kundgebungen zu unterlassen. Mit Bezug hierauf schreiben die „Hamb. Nachr.": „Dieses Ersuchen an die Kissinger veranlaßt uns, die Mahnung zu wiederholen, die wir am Sonnabend an das Publicum der verschiedenen Stationen, die der Fürst auf seiner Reise passirt, gerichtet haben: sich aller Ovationen und privaten Begrüßungen aus ärztlichen Gründen thunlichst zu enthalten. Es ist mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß der Fürst während der Reise dem Publicum kaum sichtbar werden wird. Wir glauben noch besonders hervorheben zu sollen, daß sich der Fürst nach seiner Ankunft in Friedrichsruh nach der anstrengenden Reise sogleich ins Haus und in seine Zimmer begeben, mithin Begrüßungen nicht gut entgegennehmen können wird."

—x— **Kissingen**, 2. October. Fürst Bismarck unternimmt jetzt wieder jeden Tag seine Spazierfahrt in Begleitung des Professors Schweninger, der seit einigen Tagen wieder hier weilt. Damit widerlegt sich von selbst die Nachricht einiger Zeitungen, daß sich das Befinden des Fürsten neuerdings verschlimmert habe. Die jedenfalls Ende der Woche erfolgende Heimreise geht auf der kürzesten Route über Eisenach-Bebra-Göttingen-Hannover nach Friedrichsruh. Eine Abschiedsfestlichkeit in Kissingen findet mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Fürsten nicht statt. — Das Wolff'sche Depeschenbureau hat übrigens das Antworttelegramm an den Kaiser fehlerhaft verbreitet. Die betreffende Stelle lautet richtig: „Da mein Leiden nervöser Natur ist, so glaube ich mit meinem Arzte, daß ein ruhiges Weiterleben (nicht Winterleben) in den gewohnten Umgebungen und Beschäftigungen am förderlichsten für meine Genesung sein würde." Daraus nun aber, wie es in süddeutschen Blättern geschieht, den Schluß zu ziehen, daß der Altreichskanzler für sein weiteres Leben überhaupt und nicht nur für den Winter auf die Benutzung eines kaiserlichen Schlosses Verzicht leisten wolle, daß man also bei dieser „schärfer ausgesprochenen Form der Ablehnung" große Hoffnungen an den Depeschenwechsel nicht knüpfen könne, ist absurd. Der Fürst lehnt die Benutzung eines kaiserlichen Schlosses weder für die Winterszeit, noch für seine ganze Lebenszeit, sondern lediglich für die Zeit seiner Reconvalescenz ab.

* **Karlsruhe**, 2. October. Die Abgeordnetenwahlen finden Freitag, den 27. October, statt. — Am Sonntag, den 24. v. Mts., hat ein Mönch Namens Kroß, jetzt dem Dominikanerorden angehörig, vorher Caplan in Heidelberg, das Hochamt in der hiesigen Stefanskirche gehalten. Das durch das Gesetz vom 2. April 1892 ausgesprochene Verbot der Vornahme religiöser Amtshandlungen durch Mitglieder religiöser Orden, welche im Großherzogthum nicht mit Staatsgenehmigung eingeführt sind, war umgangen worden. Die Sache wäre wahrscheinlich, ausgenommen die Besucher des Hochamts, nur wenigen Personen zur Kenntniß gelangt. Da erschien im Hauptblatt des Centrums ein Artikel, der das Ereigniß aufbauschend mittheilte und in demselben nicht etwa eine Gesetzesverletzung sah, sondern einen Beweis für die Glaubensfeindlichkeit des Nationalliberalismus und der liberalen Regierung. Greller kann gewiß die Begriffsverwirrung und der Mangel an Sinn für die Autorität der Gesetze, wie sie in den Köpfen der klerikalen Fanatiker herrschen, nicht beleuchtet werden. Heute gestehen nun obendrein ultramontane Blätter zu, daß der „Fall Kroß" nur zu Wahlzwecken behandelt und wohl auch in Scene gesetzt worden sei. Herr Kroß ist ein geborener Karlsruher und gehört einem Kloster in Düsseldorf an, war also leicht beizuholen. Ein Commentar hierzu ist überflüssig. Dieselben Leute, die auf solche Weise mit dem Heiligen Nebenzwecke treiben, wollen die berufenen Bekämpfer der socialdemokratischen Lehren sein und den Liberalismus als den Vater der Socialdemokratie hinstellen!

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 3. October. (Telegramm.) Der k. und k. Reichskriegsminister General der Cavallerie von Krieghammer hat Sonnabend, den 30. September, sein Amt angetreten. — Wie „Fremdenblatt" und „Presse" melden, ist der bisherige Sectionschef im Justizministerium, Spens von Boden, zum Statthalter von Mähren ernannt worden. Der vom seinem Posten zurücktretende seitherige Statthalter

---

Luftzug fuhr durch das Haus und — krachend schlug die Hausthür ein.

„Wolberich!" rief Foelke unwillkürlich aus.

In demselben Augenblick kam der Vater schon angekleidet aus der Seitenthür.

„Es muß ein Pferd sich losgekoppelt haben."

„Ich fürchte nicht nur eins, Vater. Hört doch den Lärm."

„Cord hat wieder nicht aufgepaßt. Er ist nicht mehr zu gebrauchen."

„Ich glaube nicht, daß Cord schuld ist. Ich habe selbst noch im Stalle nachgesehen und nichts Ungehöriges bemerkt", sagte Foelke noch im Davongehen. Sie mußte an das Kichern denken, welches sie bei ihrem abendlichen Rundgang zu hören geglaubt, und dann — was hatte Wolberich im Hause gewollt, zu dieser Stunde? War es denn möglich?

Cord kam, auch der Kleinknecht. Das Stampfen und Toben im Stalle, das Gewieher des Hengstes erfüllte den Bauer mit unheimlichen Befürchtungen. Aber diese sollten noch übertroffen werden. Beim Oeffnen der Stallthür fiel sein erster Blick auf zwei sich am Boden wälzende Pferde, während vier andere wie toll durcheinander rasten. Nur zwei derselben standen an ihrem gewohnten Platz.

Nicht ohne Mühe gelang es den Männern, die Thiere einzufangen und wieder anzubinden. Die zwei am Boden sich wälzenden hatten so schwere Verletzungen davongetragen, daß Uffe Atjes keinen Augenblick darüber im Zweifel blieb, welchen Verlust ihm diese nächtliche Scene bringen werde.

Nicht ohne Unruhe blickte Foelke auf den Vater, welcher dem Kleinknecht befahl, sofort den Roßarzt herbeizuholen. Daß er kein Scheltwort für Cord hatte, erfüllte sie mit Besorgniß. Sie war keineswegs von einer Nachlässigkeit seinerseits, die das Unglück herbeigeführt haben konnte, überzeugt, sondern nicht mehr darüber im Zweifel, daß die schwarze Wolberich hier einen ihrer Streiche ausgeführt.

Nichts desto weniger trug sie Bedenken, den Vater von ihren Vermuthungen in Kenntniß zu setzen. Vielleicht war das Mädchen doch nicht schuldig und eine Anklage ihrerseits konnte — nach der am Abend mit dem Vater stattgehabten Unterredung — diesem den Verdacht aufnöthigen, daß sie Wolberich böswillig zu verdächtigen beabsichtige. Eigentlich konnte doch Niemand glauben, daß ein Mensch ein solches Unglück absichtlich herbeigeführt habe. So schwieg sie und sah unruhig dem Ausgang des auf jeden Fall sehr betrübenden Ereignisses entgegen.

Das war eine aufregende Nacht. Der Roßarzt, welcher gegen ein Uhr ankam, erklärte, daß die werthvollen Thiere nicht zu retten seien. Der Bauer war außer sich über den Verlust, obwohl er sich einen Anschein von Gleichgiltigkeit zu geben versuchte. Das unablässige Aufwerfen der eingefallenen Oberlippe, verbunden mit einer ungewöhnlichen Vertiefung der Falte über der Nasenwurzel, sagten der Tochter genug.

Der Morgen war bereits voll hereingebrochen, als Foelke sich noch auf kurze Zeit in ihre Stube zurückzog. An Schlaf war nicht zu denken; sie hatte aber auch nicht das Bedürfniß der Ruhe, wohl aber das sich zu sammeln und zu überlegen.

Wolberich hatte doch den Streich ausgeführt — das „Vielleicht" ihrer Unschuld mußte bei längerem Nachdenken verschwinden. So gerne Foelke geneigt war, demselben nicht das schlimmste Motiv zu unterschieben, so drängte sich ihr doch gewaltsam die Ueberzeugung auf, daß das leichtsinnige und boshafte Geschöpf sie empfindlich habe schädigen wollen. Sie durfte nur an das höhnende Kichern denken. Mit den Gewohnheiten der Bewohner des Meinhardi'schen Hauses bekannt, hatte das Mädchen sich ohne Zweifel so lange im Heufach verborgen gehalten, bis Foelke ihren abendlichen Rundgang beendet, und war dann hervorgekommen, die Pferde loszukoppeln. Scheinbar hatte sie auch noch den Ausgang ihres Streiches abgewartet oder abwarten wollen, es dann aber doch vorgezogen, sich zu entfernen, um nicht gesehen zu werden.

Foelke war tief empört, daß Wolberich für das begangene Verbrechen straffrei bleiben sollte, aber — es würde sich durchaus nichts thun lassen, sie zur Verantwortung zu ziehen. Sie verschmähte es, als Anklägerin gegen dieses Mädchen aufzutreten, und von anderer Seite würde kein Verdacht auf dasselbe fallen, obwohl der „Tater" arg genug im Dorfe verschrieen war.

Vor einer Reihe von Jahren war Foelke eine warmherzige Vertheidigerin der schwarzen Wolberich gewesen. Das Kind, welches man eines Morgens beinahe erstarrt vor Kälte hinter einer Weißdornhecke an der Grenze des Dorfes gefunden, hatte ihr tiefstes Mitgefühl erregt. Ein Knecht hatte es, in Lumpen gehüllt, dem „Burmester" überbracht. Dieser gab es bei dem kinderlosen Schmied in Kost, weil derselbe sich mit der Aufnahme des Kindes einen Gotteslohn zu verdienen gehofft, und andererseits nur ein sehr geringfügiges Kiegeld gefordert. Von dem Gotteslohn hatte der wackere Mann nicht gerade viel verspürt, desto mehr Aerger und Verdruß war ihm aus seinem Mitleid erwachsen. Das häßliche, geld aussehende Ding mit den schwarzen Augen schien es eigens darauf abgesehen zu haben, ihn sein Mitleid bereuen zu lassen. So lange es noch auf dem Arm getragen werden mußte — und das waren drei volle Jahre gewesen —, hatte das Schreien kein Ende genommen und die Frau Meisterin nicht Tag und Nacht Ruhe gefunden. Als der Tater dann endlich laufen gelernt, war die Noth beinahe noch größer geworden. Die kleineren Kinder wichen ihm alsbald ängstlich schreiend aus, den größeren gegenüber wußte er sich mit Kratzen und Beißen energisch zu vertheidigen und bald genug Mittel und Wege zu finden, sich für eine wirkliche oder vermeintliche Unbill zu rächen.

So blieb Wolberich allein auf sich angewiesen. Wenn andere Kinder im frohen Spiel sich tummelten, saß sie weit genug davon entfernt auf einem Stein oder Baumstumpf, an ihren Nägeln kauend, und schaute dem fröhlichen Treiben verdrießlich und mißgünstig zu. Sie rächte sich an ihren Altersgenossinnen dadurch, daß sie ihnen einen Schabernack über den andern spielte, der immer einen boshaften Grundzug ihres Charakters verrieth.

Foelke hatte wenig durch Wolberich zu leiden gehabt. Da ihr Vater den Verkehr mit anderen Kindern nur ausnahmsweise geduldet, so war sie mit dem „Tater" nicht in Berührung gekommen. Das fremdaussehende Kind war für sie, um seiner Verlassenheit willen, immer ein Gegenstand des Mitleids gewesen. Sie hörte, wie man das Mädchen „Tater" schimpfte, sah es, von größeren Buben verfolgt, mit lautem Geschrei flüchten, oder auch nur, wie es dem Spiel anderer Kinder fern blieb, und war nur zu sehr geneigt, es als ein Opfer ungerechtfertigter Vorurtheile zu betrachten. Die wiederholten Annäherungsversuche, die sie selbst gemacht, und welche schroff genug abgewiesen worden, waren nicht im Stande gewesen, Foelke zu kränken, oder sie Wolberich mit anderen Augen ansehen zu lassen. Sie betrachtete die wirklich gefährlichen Eigenschaften dieses Mädchens lediglich als eine nothwendige Folge der vielfachen Angriffe, deren das Findelkind allezeit ausgesetzt gewesen.

Erst seit ganz kurzer Zeit fühlte Foelke in ihrem Urtheil über den „Tater" sich nicht mehr so ganz sicher. So sehr sie auch geneigt war, eine ihr zugefügte Unbill zu übersehen oder zu verzeihen, so mußte sie sich doch gestehen, daß das Mädchen es ganz besonders auf ihre Person abgesehen und sich überall bemüht zeigte, ihr zu schaden. Bald war die Rinde eines jungen Bäumchens im Meinhardi'schen Garten abgeschält, bald Blumen abgerissen und hingeworfen, oder eine Lieblingstaube der Tochter des Hauses gemordet, und was es der Dinge mehr gab, welche diese besonders zu kränken bestimmt waren.

Vergebens hatte Foelke seither über den Grund dieses Hasses nachgedacht. Erst die Unterredung, welche sie am vorhergehenden Abend mit dem Vater gehabt, mußte ihr eine Vermuthung aufdrängen, die ihr das heiße Blut in die Wangen steigen ließ. Konnte es denn möglich sein, daß eine „Wolberich" in ihr die Nebenbuhlerin sah? War dies in der That der Fall, dann gewannen die Worte des Vaters über Wilhelm Adams eine erhöhte Bedeutung.

Die Zeit rückte vor und Foelke hörte die Mägde zum Ausgehen sich rüsten. Im Keller wurde mit den Milcheimern hantirt und sie dadurch erinnert, daß es Zeit sei, an ihre Tagesarbeit zu gehen. Sie rührte sich nicht, sondern blickte nach wie vor nachdenklich in den thaufrischen Morgen hinaus.

Die Gedanken, welche sich ihr trotz energischer Gegenwehr aufgedrängt, beunruhigten sie lebhaft. Sie waren ihr unangenehm. Nachträglich noch übten die Worte des Vaters eine Wirkung auf sie aus, die ihre Pläne, welche sie in Bezug auf ihre Zukunft gehabt, erschütterten. Sie hatte sich seither der Hoffnung hingegeben, daß es ihr nicht schwer fallen würde, im Laufe der Zeit den Vater mit dem Gedanken auszusöhnen, daß Wilhelm Adams eines Tages als ihr Gatte in sein Haus ziehen werde. Er allein wäre im Stande gewesen, ihr die Verkehrtheiten in ihrer Erziehung weniger fühlbar zu machen. Zwar hatte er nicht eine städtische Schule besucht, aber er war der beste Schüler im Dorfe gewesen, hatte auch längere Zeit an dem Unterricht theilgenommen, den sie durch den Pastor empfangen, und die drei Jahre, welche er in der Stadt als Soldat verbracht, hatten nicht wenig dazu beigetragen, aus ihm einen jungen Mann zu machen, der nicht nur in seiner äußeren Erscheinung mit manchem Städter der besseren Gesellschaft vortheilhaft sich messen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.